

Der Stadtrat von Zürich an den Gemeinderat

07. Februar 2018

Motion von Christine Seidler und Dr. Jean-Daniel Strub betreffend Rahmenkredit zur Stärkung der Partizipation der Quartiere in der Stadtentwicklung, Ablehnung, Entgegennahme als Postulat

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Am 13. September 2013 reichten Gemeinderätin Christine Seidler und Gemeinderat Jean-Daniel Strub (beide SP) folgende Motion, GR Nr. 2017/316, ein:

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat zur Stärkung der Partizipation in der Stadtentwicklung eine kredit-schaffende Weisung vorzulegen, welche einen Rahmenkredit in geeigneter Höhe definiert, der den Stadtquartieren zur Verfügung steht. Über die nach Quartieren aufgeteilten Mittel bestimmen die Einwohnerinnen und Einwohner mittels geeigneter Beteiligungsverfahren, wobei unter anderem Participatory Budgeting-Prozesse in Betracht kommen. Wünschenswert ist, dass vorgängig ein öffentlich ausgeschriebener Ideenwettbewerb durchgeführt wird, auf dessen Grundlage die zur Anwendung kommenden partizipativen Verfahren ausgewählt werden. Diese sind für selbstdefinierte lokale Zwecke zu verwenden. Dabei ist zu prüfen, ob heute bestehende Quartierkredite in den Departementen sinnvoll integriert werden können. Vor dem Auslaufen des Rahmenkredits ist dem Gemeinderat im Hinblick auf eine allfällige Weiterführung der Finanzierung über die gesammelten Erfahrungen Bericht zu erstatten.

Begründung:

Partizipative Verfahren zur Aushandlung der Verteilung öffentlicher Mittel, die Quartieren zugewiesen werden, sind eine innovative Form der Öffentlichkeitsbeteiligung. Sie fördern das zivilgesellschaftliche Engagement und die Transparenz. Ebenso leisten sie einen Beitrag zu einer erhöhten gesellschaftlichen Verankerung der Verwendung der öffentlichen Mittel. Zugleich stärken sie die lokale Demokratie, indem auch jene Bevölkerungskreise einbezogen werden, die kein Stimm- und Wahlrecht haben. Mit solchen konsensorientierten Verfahren, zu denen namentlich das Participatory Budgeting gehört, werden weltweit positive Erfahrungen gemacht. Dies nicht zuletzt, weil auf diesem Weg auch schwer zu erreichende oder benachteiligte Bevölkerungsschichten an der Stadtentwicklung beteiligt werden können. Es ist an der Zeit, solche Instrumente auch in einer innovativen Stadt wie Zürich zu erproben.

Nach Art. 90 der Geschäftsordnung des Gemeinderats (GeschO GR) sind Motionen selbstständige Anträge, die den Stadtrat verpflichten, den Entwurf für den Erlass, für die Änderung oder für die Aufhebung eines Beschlusses vorzulegen, der in die Zuständigkeit der Gemeinde oder des Gemeinderats fällt. Lehnt der Stadtrat die Entgegennahme einer Motion ab oder beantragt er die Umwandlung in ein Postulat, hat er dies innert sechs Monaten nach Einreichung zu begründen (Art. 91 Abs. 2 GeschO GR).

Der Stadtrat lehnt aus nachfolgenden Gründen die Entgegennahme der Motion ab und beantragt die Umwandlung in ein Postulat:

Die Stadt Zürich unterstützt seit Langem lokale Vereine, die mit ihren Aktivitäten das gesellschaftliche Engagement und das gute Zusammenleben in den Quartieren fördern, mit finanziellen Mitteln. Zu nennen sind insbesondere die jährlichen städtischen Beiträge an die Quartiervereine (GR Nr. 2016/244) und ein entsprechender Kredit des Kontraktmanagements im Sozialdepartement (Beitrag Förderung soziale Integration und Kommunikation, Quartierveranstaltungen, GRB Nr. 3336 vom 28. November 2012, Dispositiv-Ziffer 42 (GR Nr. 2012/203).

Für die weitergehende Zuteilung von finanziellen Mitteln verfügt die Stadt Zürich über ausgebaute, demokratisch legitimierte Mitbestimmungsmöglichkeiten, darunter das Instrument der Volksinitiative. Nach Kenntnisstand des Stadtrats gelangen «partizipative Verfahren zur Aushandlung der Verteilung öffentlicher Mittel», oder das «Participatory Budgeting», wie sie der Vorstoss beabsichtigt, v. a. in Gemeinwesen im Ausland mit weniger ausgebauten demokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten zur Anwendung. So sind dem Stadtrat denn auch keine namhaften Beispiele aus der Schweiz bekannt. Das Potenzial von Participatory Budgeting

oder ähnlichen Verfahren zur Beteiligung «schwer zu erreichender oder benachteiligter Bevölkerungsschichten an der Stadtentwicklung», das im Vorstoss hervorgehoben wird, scheint zudem gemäss Recherchen der Stadtentwicklung (Beilage) zumindest im westeuropäischen Ausland beschränkt zu sein. Diese Kreise in formelle und informelle Teilnahmeverfahren einzubinden, ist eine grundsätzliche Schwierigkeit, die auch bei den genannten Verfahren besteht.

Auch dem Stadtrat sind eine gute gesellschaftliche Verankerung der Verwendung der öffentlichen Mittel, Transparenz sowie zivilgesellschaftliches Engagement wichtig. Aus Sicht des Stadtrats gilt es nun aber zuerst zu prüfen, ob die beabsichtigten «partizipativen Verfahren zur Aushandlung der Verteilung öffentlicher Mittel» oder das «Participatory Budgeting» im Kontext der hiesigen Verhältnisse überhaupt geeignet und sinnvoll implementierbar sind, bevor gegebenenfalls die Frage eines allfälligen Rahmenkredits und eines Verteilschlüssels auf die Quartiere geklärt wird. Dabei stellen sich insbesondere Fragen zur räumlichen Bezugsgrösse sowie zu den notwendigen organisatorischen Strukturen und zu deren Legitimität:

- Der Vorstoss beabsichtigt die Zuteilung von Mitteln auf die Quartiere, deren Einwohnerinnen und Einwohner mittels geeigneter Teilnahmeverfahren über die Verwendung befinden sollen. Aus Sicht des Stadtrats ist es fraglich, ob die räumlich wie bevölkerungsmässig sehr unterschiedlichen Quartiere die geeignete Gebietseinheit sind, um die beabsichtigten Verfahren in einer untereinander vergleichbaren Qualität durchzuführen.
- Sollen den Quartieren oder anderen Gebietseinheiten eigene Mittel zur Verfügung gestellt werden, bedingt dies organisatorische Strukturen, die legitimiert und in der Lage sind, die Mittelverwendung in transparenten, professionell durchgeführten und dokumentierten Teilnahmeverfahren zu klären. Strukturen, die den damit verbundenen beträchtlichen Aufwand zeitgerecht und rechtsstaatlich konform bewältigen können, existieren heute weder auf Seiten der Zivilgesellschaft noch der Verwaltung. Für den Stadtrat ist es fraglich, ob die zu deren Schaffung und Betrieb benötigten Ressourcen durch den Nutzen der beabsichtigten Verfahren aufgewogen werden.

Der Vorstoss betrifft zudem einen Bereich, der in nächster Zeit zusammen mit den Quartiervereinen und weiteren Interessierten überdacht wird. Gemäss GR Nr. 2016/244 soll die Schnittstelle zwischen der Stadt Zürich und der Bevölkerung in den Quartieren vor Ende der laufenden Periode der städtischen Beiträge an die Quartiervereine 2017–2020 zusammen mit den Quartieren hinsichtlich Optimierungspotenzial überprüft werden. Dabei soll gemäss Postulat, GR Nr. 2016/430, auch die Schnittstelle der Quartierkoordination der Sozialen Dienste mit der Bevölkerung sowie die Unterstützung der Eigeninitiative in den Quartieren einbezogen werden. Dieser im Herbst 2018 anlaufenden Überprüfung soll aus Sicht des Stadtrats mit dem vorliegenden Vorstoss nicht vorgegriffen werden. Hingegen können die Ideen des vorliegenden Vorstosses zur Diskussion in den vorgesehenen Prozess einfließen.

Der Stadtrat lehnt daher die Motion ab, ist aber bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen.

Im Namen des Stadtrats

die Stadtpräsidentin

Corine Mauch

die Stadtschreiberin

Dr. Claudia Cuche-Curti

Beilage zu GR Nr. 2017/316

Interne Recherche

liw, 16.8.2017

Participatory Budgeting: Abklärungen und Bewertungen zum Motionsentwurf Strub/Seidler

1. Zusammenfassung
 2. Recherche im Detail
 3. Bewertung von Participatory Budgeting
 4. Anhänge
-

1. Zusammenfassung

Was ist Participatory Budgeting?

Unter «Participatory Budgeting» fallen eine Vielzahl von Ansätzen, die einen Teil der öffentlichen Finanzen in partizipativen Prozessen zur Debatte stellen. Im deutschen Sprachgebrauch wird auch von «Bürgerhaushalten» und «Stadtteilbudgets» gesprochen.

Normalerweise kann die gesamte Bevölkerung der Stadt oder eines Bezirks, inklusive Ausländerinnen und Ausländer und Minderjährigen, im Budgetprozess mitwirken, kann Projekte vorschlagen und ihre Meinung zu den einzelnen Ausgaben abgeben.

Es besteht eine grosse Spannweite der zur Debatte stehenden Mittel. Bei den einen stehen massgebliche Teile des gesamten Haushalts zur Diskussion, bei anderen wird ein fixes Budget für die Umsetzung von Vorschlägen aus der Bevölkerung zur Verfügung gestellt.

Wo kommen die Verfahren zur Anwendung?

Seit den Anfängen Ende der 80er-Jahre sind in zahlreichen Städten weltweit Participatory Budgeting-Verfahren zur Anwendung gelangt. In Europa waren es im Jahr 2010 über 250 Städte. Insbesondere in Deutschland ist das Instrument verbreitet. Aus der Schweiz sind uns dagegen keine Beispiele bekannt.

Das Konzept stammt ursprünglich aus Brasilien. Das Hauptziel war die Umverteilung von Ressourcen an die Ärmsten. Es sollte besonders auch die Beteiligung benachteiligter Bevölkerungsgruppen erreicht werden. In Europa steht die Frage der sozialen Gerechtigkeit weniger stark im Vordergrund als in Lateinamerika. Die Motivation ist eher die Modernisierung der Demokratie durch erweiterte Partizipationsmöglichkeiten sowie die Verbesserung der Effektivität des öffentlichen Handelns.

Wie sind die Erfahrungen mit Participatory Budgeting?

Da es viele verschiedenen Modelle gibt, ist eine gesamthafte Beurteilung schwierig. Zweifellos ermöglicht es Mitsprache für alle ausserhalb der politischen Strukturen und fördert das Verständnis für die Kosten von kleineren und grösseren Projekten.

Eine Auswertung in Deutschland¹ zeigt, dass die Informationen und Möglichkeit zur Teilnahme sehr positiv beurteilt werden. Dennoch ist die Gesamtzufriedenheit nur Mittel. Nicht so gut bewertet werden die Qualität der eingebrachten Vorschläge, die Qualität der Diskussionen, die Anzahl und Vielfalt der Teilnehmenden und der Umgang mit den Ergebnissen. Selbst der Aspekt «Stärkung der Demokratie» wird nur Mittel beurteilt.

Die Realität in Brasilien hat gezeigt, dass es eine Herausforderung ist und oft nur ungenügend gelingt, ärmere Bevölkerungsschichten sowie Kinder und Jugendliche zu erreichen.

¹ Barometer Bürgerhaushalt: <https://www.buergerhaushalt.org/de/article/das-barometer-buergerhaushalt-ein-erster-zwischenbericht>

2 Recherche im Detail

Begriff/Definition

«Participatory Budgeting is a democratic process in which community members directly decide how to spend part of a public budget.»

Im deutschen Sprachgebrauch wird auch von **Bürgerhaushalten** und **Stadtteilbudgets** gesprochen: «Ein Bürgerhaushalt ist ein Instrument der Bürgerbeteiligung bei Fragen rund um die Verwendung von öffentlichen Geldern.»

Verschiedenste Modelle

«Participatory Budgeting» existiert in verschiedensten Formen, je nach den Gegebenheiten vor Ort. Normalerweise kann die gesamte Bevölkerung, inkl. Ausländerinnen und Ausländer und Minderjährigen, im Budgetprozess mitwirken, kann Projekte vorschlagen und ihre Meinung zu den einzelnen Ausgaben abgeben. Es kann auch sein, dass nur eine spezielle Gruppe angesprochen wird: In Boston beispielsweise konnten die Teens in einem «Participatory Budgeting» über eine Million Dollar des städtischen Haushalts entscheiden.

Viele Kommunen fragen „Wofür sollen wir das Geld ausgeben?“, andere fragen „Wie können wir Geld einsparen oder neue Einnahmen erzielen?“. Bei den einen stehen massgebliche Teile des Haushalts zur Diskussion, bei anderen besteht eine Einschränkung auf bestimmte Haushaltsbereiche. Die Verfahren finden auf gesamtstädtischer Ebene oder in einem Bezirk mit eigenen politischen und administrativen Kompetenzen statt. Oftmals wird ein fixes Budget für die Umsetzung von Vorschlägen aus der Bevölkerung zur Verfügung gestellt (z.B. New York, Paris). In Deutschland wird dies als «Spielgeld» kritisiert. Hier werden die Vorschläge aus der Bevölkerung eher in den allgemeinen Haushalt integriert.

Das Ganze kann online geschehen – was zunehmend der Fall ist – oder mittels realen Veranstaltungen und schriftlichem Abstimmen oder auch in hybriden Varianten.

Hintergrund

Das Konzept zum partizipativen Budget stammt ursprünglich aus Brasilien. Seit Ende der 1980er-Jahre werden in verschiedenen Städten mehr oder weniger weitreichende Ansätze der partizipativen kommunalen Haushaltserstellung praktiziert. Das Beispiel von Porto Alegre wurde am bekanntesten und inspirierte weltweit eine immer größer werdende Bewegung der partizipativen Budgets. Die Zahl der Gemeinden, die Bürgerhaushalte einführten, nahm stetig zu. 2000 machten in Brasilien 140 Kommunen mit. Das Hauptziel ist dabei die Umverteilung von Ressourcen an die Ärmsten. Es soll besonders auch die Beteiligung benachteiligter Bevölkerungsgruppen erreicht werden.

Verbreitung

«Bürger-Budgets» sind in den letzten Jahren gross in Mode gekommen. Heute kennen Länder in vier Kontinenten dieses Instrument: Ecuador, Peru und Argentinien (Südamerika); Deutschland, Frankreich, Polen, Portugal und Grossbritannien (Europa) sowie Länder in

Afrika und Asien. Viele Städte und Gemeinden haben in den letzten Jahren Beteiligungsverfahren zum kommunalen Haushalt eingeführt. In Europa waren es 2010 bereits über 250 Städte.

Aus der Schweiz sind uns keine Beispiele bekannt. Ein Grund könnte sein, dass das gemeinschaftliche Budgetieren relativ weitgehend bereits in der politischen Kultur verankert ist (beispielsweise mittels Finanzreferenden). Über finanziell einschneidende Budgetposten kann nicht nur das Parlament, sondern muss zwingend das Stimmvolk befinden.

Ziele

In Europa steht die Frage der sozialen Gerechtigkeit weniger stark im Vordergrund als in Lateinamerika. Hier geht es mehr um die Verbesserung der Effektivität des öffentlichen Handelns und die Modernisierung der Demokratie durch die Partizipation der Bürger im öffentlichen Leben.

Durch die Aufstellung von Bürgerhaushalten sollen die Bürgerinnen und Bürger motiviert werden, sich an der Haushaltsplanung zu beteiligen. Als Rat- und Ideengebende nehmen sie Einfluss auf die Verwendung der Haushaltsmittel. Anhand ihrer Vorschläge und Prioritäten wird für Politik und Verwaltung deutlich, in welchen Bereichen Planungen bedarfsgerecht sind und in welchen nicht.

Beispiele

1) *New York*²

New York City's Participatory Budgeting process (PBNYC) is the largest in North America. The process began in 2011-2012 as a pilot program in four City Council districts. In its sixth year (2016-2017), PBNYC has grown to include 31 of the city's 51 districts. Community members in each district decide how to spend at least \$1 million of their City Council member's discretionary funds (frei verfügbare Mittel).

PBNYC cycles run from early fall through the spring. Districts hold neighborhood meetings to collect ideas for community improvement projects. Idea collection is focused particularly on hard-to-reach communities, such as immigrants with limited English proficiency, youth, senior citizens, and public housing residents. Volunteers then research community needs and work with city agencies to turn ideas into concrete proposals. The proposals are put to a community vote, which is open to any resident of the district over the age of 14. City agencies implement the winning projects.

2) *Paris*

Fünf Prozent von Paris's Gemeindebudget soll durch die Bevölkerung kontrolliert sein. So will es Anne Hidalgo, die Bürgermeisterin.

Das «Budget Participatif» ist Bestandteil einer Reihe von Experimenten mit digitalen Partizipationsformen («Dans Ma Rue», Bürger-Reporting App; «Imaginons Paris Demain», Befragungsplattform für urbane Projekte; «Madame la Maire J'ai une Idée», digitale Box für Vorschläge). Bezüglich teilnehmenden Personen war es 2016 die grösste derartige Initiative

² Quelle: Wikipedia

weltweit. Beinahe 160 000 Pariserinnen und Pariser stimmten über die Verwendung von 100 Millionen Euro ab.

Die Projektvorschläge kommen aus der Bevölkerung und lassen sich ganz verschiedenen Bereichen zuordnen von Sport über Soziales und Sicherheit bis hin zu Verkehrs- und städtebaulichen Themen. In der ersten Durchführung von 2014 landete beispielsweise der Bau von Velo-Fahrstreifen für 8 Mio. Euros auf Platz 1. Die zweitgrösste Stimmenzahl erzielte die Aufwertung der Fussgängerzonen. Weitere Projekte, die sich die Einwohner wünschten waren die Schaffung von Gemeinschaftsgärten, den Bau von Trinkwasserbrunnen oder Urban Farming-Flächen auf Balkonen und Dächern.

Das Projekt hat einen vorgegeben Ablauf im Jahr und verläuft in vier Schritten:

1. Januar/Februar: Ideen eingeben;
2. April/Mai: gemeinsam Projekte bilden
3. Juni-September: Konsultationsphase, sich ein Bild machen, eigene Favoriten auswählen
4. Im September: Die Wahl (Die Abstimmung steht auch Ausländerinnen und Ausländern und Minderjährigen offen.)

Das ganze «Budget Participatif» wird online, über ein Website abgewickelt (siehe Anhang 1).

3) Berlin I: Bürgerhaushalte in Bezirken

Bisher gibt es in acht Berliner Bezirken sogenannte Bürgerhaushalte (Stand 2011). Durch diese sind die Bewohnerinnen und Bewohner an der Aufstellung der Bezirkshaushalte beteiligt. Die Bewohnerinnen und Bewohner sind aufgefordert, Ideen für die Verwendung der Haushaltsmittel innerhalb der steuerbaren Aufgaben des Bezirkes einzubringen, d.h. innerhalb der frei verwendbaren Mittel. (siehe auch Anhang 2: Beispiel Bürgerhaushalt Berlin Lichtenberg)

Die Praxis hat allerdings gezeigt, dass Bürgerhaushalte nur sehr begrenzte Handlungsspielräume für die tatsächliche Mitbestimmung bieten. Gewünschte Projekte fallen in ganz unterschiedliche Bereiche der Verwaltung. Es gibt Überschneidungen mit bestehenden oder bereits geplanten Vorhaben in der Verwaltung. Die Rahmenbedingungen sind oftmals vielfältig und komplex und müssen berücksichtigt werden.

4) Berlin II: Stadtteilbudgets und Quarterräte

Ein Stadtteilbudget ist vergleichbar mit einem Quartiersfonds. Es ist quasi ein Fördertopf für Projekte aus der Bevölkerung. Über die Verwendung dieses auf lokaler Ebene zur Verfügung gestellten Budgets können in erster Linie Bewohnerinnen und Bewohner sowie lokale Partnerinnen und Partner unkompliziert entscheiden. Es sind denn auch eher kleinere Projekte und kleinere Beträge, die gesprochen werden (siehe Anhang 3: Beispiel Eglosheim).

Die Entscheidungen über die Mittel werden durch ein gewähltes Bürgergremium, die Quarterräte, getroffen (Modell einer Bürgerjury). Diese setzen sich zu mindestens 51 Prozent aus gewählten Bewohnerinnen und Bewohnern und zu höchstens 49 Prozent aus institutionellen Vertreterinnen und Vertretern (z.B. aus Schulen, Kitas, sozialen Einrichtungen, Gesundheitseinrichtungen, Gewerbe, Polizei, Kirchen und Religionsgemeinschaften, kulturellen Einrichtungen, Vereinen, Initiativen, Wohnungseigentümerinnen und Wohnungseigentümern) zusammen.

Stadtteilbudgets kamen im Rahmen des Programms «Soziale Stadt» zur Anwendung, d.h. sie wurden v.a. eingesetzt zur Stärkung von benachteiligten Gebieten.

3 Bewertung von Participatory Budgeting

Da es viele verschiedenen Modelle gibt, ist eine gesamthafte Beurteilung von «Participatory Budgeting» schwierig. Es kommt auf die Form und die Art und Weise an, wie es umgesetzt wird.

Eine Auswertung in Deutschland³ zeigt, dass die Informationen und Möglichkeit zur Teilnahme sehr positiv beurteilt werden, dennoch ist die Gesamtzufriedenheit nur Mittel. Nicht so gut bewertet werden die Qualität der eingebrachten Vorschläge, die Qualität der Diskussionen, die Anzahl und Vielfalt der Teilnehmenden und der Umgang mit den Ergebnissen. Selbst der Aspekt «Stärkung der Demokratie» wird nur Mittel beurteilt.

Das Thema ist in Deutschland aktuell. Im Statusbericht «Bürgerhaushalte in Deutschland» von 2015 wird festgehalten: «Der starke Zuwachs der Kommunen in denen über die Beteiligung der Bürgerschaft am kommunalen Haushalt diskutiert wird, verdeutlicht, dass bei einer wachsenden Zahl von Parteien oder nicht-staatlichen Organisationen ein Bürgerhaushalt auf der kommunalen Agenda steht.» Der Statusbericht zeigt aber auch, dass das Instrument Bürgerhaushalt nicht in allen Kommunen Zuspruch findet und dass eine zunehmende Zahl es wieder fallen lässt.

Die Realität in Brasilien hat gezeigt, dass es eine Herausforderung ist und oft nur ungenügend gelingt, ärmere Bevölkerungsschichten sowie Kinder und Jugendliche zu erreichen.

Positiv

- Ermöglicht politische Mitsprache ausserhalb der gemeinderätlichen Strukturen, Urnenabstimmungen und Wahlen.
- Kann die lokale Demokratie stärken, indem auch jene Bevölkerungskreise einbezogen werden, die kein Stimm- und Wahlrecht haben. Möglichkeit Kinder- und Jugendliche sowie Ausländerinnen und Ausländer einzubeziehen.
- Priorisierung von lokalen Projekten durch die lokale Bevölkerung.
- Fördert das Verständnis für die Kosten von Projekten: Nicht nur Wünschen, sondern auch Auseinandersetzung mit den damit verbundenen Auslagen.

Negativ

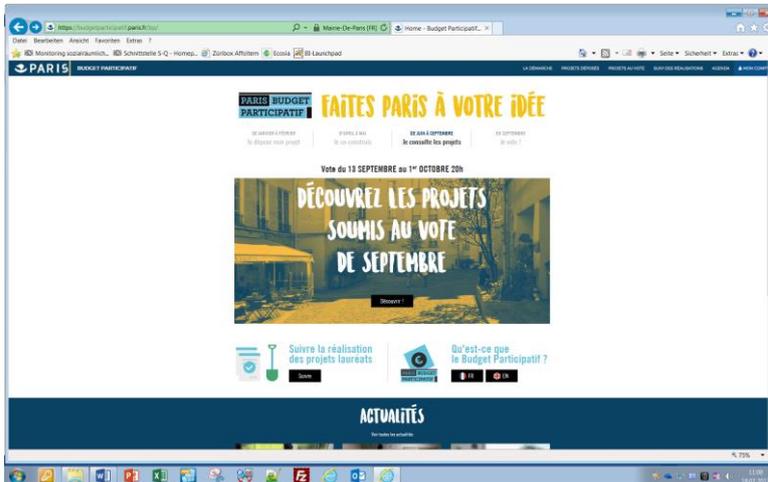
- Erfordert starke lokale Strukturen. Repräsentativität in den lokalen beurteilenden Gremien schwierig zu erreichen.
- Hoher organisatorischer Aufwand.
- Die Mittel verlocken dazu, Dinge umzusetzen, die es gar nicht braucht.
- Viele Sachzwänge, die es vielleicht gar nicht immer möglich machen, die priorisierten Projekte zu realisieren.
- Es sind immer die gleichen, die involviert sind, die sich auch sonst schon lokal engagieren.
- Langsame Umsetzung resp. lange Realisierungszeiten kann die Leute frustrieren.

³ Barometer Bürgerhaushalt

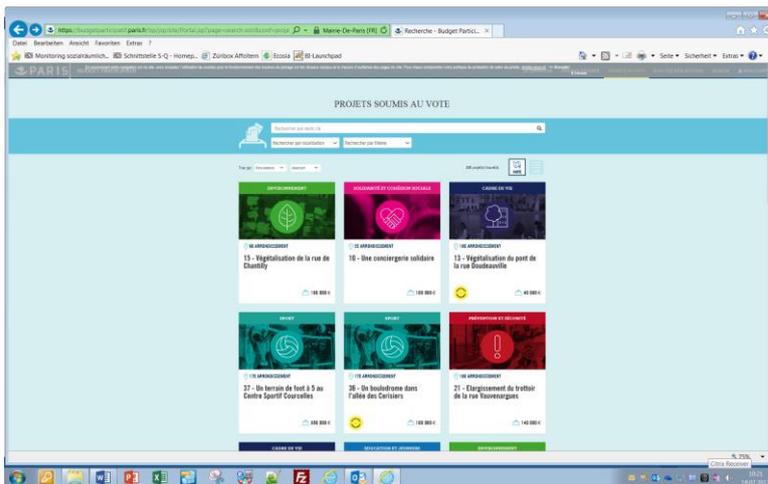
5 Anhänge

Anhang 1: Paris «Budget Participatif»

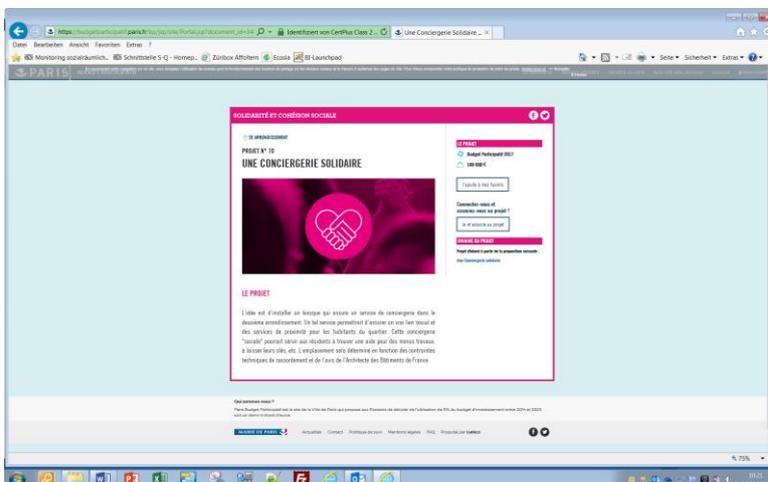
Ganzes Verfahren online. Derzeit läuft die Konsultationsphase, die Projekte können angesehen und eigene Favoriten ausgewählt werden. <https://budgetparticipatif.paris.fr/bp/>



Die Einstiegsseite



Die Projekte



Die Beschreibung

Anhang 2: Bürgerhaushalt des Bezirk Lichtenberg in Berlin

<https://www.buergerhaushalt-lichtenberg.de/main>

Bürgerhaushalt
Lichtenberg

Vorschläge



Wir rechnen mit Ihnen

Alle Filter zurücksetzen

STADTEIL

- ◊ Alle
- ◊ Alt-Hohenschönhausen Nord
- ◊ Alt-Hohenschönhausen Süd (1)
- ◊ Alt-Lichtenberg (4)
- ◊ Fennpfuhl (2)
- ◊ Frankfurter Allee Süd
- ◊ Friedrichsfelde Nord (5)
- ◊ Friedrichsfelde Süd (3)
- ◊ Karlshorst (6)
- ◊ Lichtenberg (gesamt)
- ◊ Malchow, Wartenberg und Falkenberg (2)
- ◊ Neu-Hohenschönhausen Nord (1)
- ◊ Neu-Hohenschönhausen Süd (1)
- ◊ Neu-Lichtenberg (4)
- ◊ Ratteneisleranger Dacht (2)

THEMEN

- ◊ Alle
- ◊ Bibliotheken (1)
- ◊ Gesundheit
- ◊ Kinder & Jugend (2)
- ◊ Kultur (1)
- ◊ Musikschule
- ◊ Senioren
- ◊ Sport
- ◊ Stadtteilprojekte (1)
- ◊ Themenbergpfand (6)
- ◊ Umwelt & Natur (11)
- ◊ Volkshochschule
- ◊ Wirtschaftsförderung
- ◊ Öffentliches Straßenland (16)

STAND

in Bearbeitung

JAHRE

2005 2017



Erweiterung der Steganlage des Bootclub Rummelburg e.V. und Verbesserung der Infrastruktur am Zilleufer (Toiletten, Strom, Wasser)

0 Stimmen

Susanne Böhm

06.04.2016

Einfache Outdoor Fitnessgeräte im Rheineinpark oder in der Nähe der HTW als Sportmöglichkeit für alle

1 Stimme

Il. Weber

29.05.2017

Neues Wegweisersystem für den Natur- und Gesundheitspfad im Landschaftspark Herzberge



1 Stimme

Susanne Lutz

06.02.2017

Eine große Skulptur auf dem Nöldnerplatz wäre schön. Obwohl hier viele Künstler leben, gibt es wenig moderne Kunst im Stadtraum.

0 Stimmen

Arke Schwarz-We...

23.01.2017

Belebung eines Platzes um einen Baum herum an der Frankfurter Allee



1 Stimme

Klaus Heiser

18.10.2016

Mobiles Bücherangebot im Kiez

0 Stimmen

Hans Pögel

13.04.2016

Herstellung eines durchgehenden Fußweges/Fußgängerbereiches vom Ostende des FAN-Gebietes (Gudrunstraße am Zentralfriedhof) bis zum Treppenaufgang an der Rhinstraße

0 Stimmen

Lothar Winter

19.07.2016

Öffentliche Toilette in Friedhofsfelde Ost

0 Stimmen

Bretschneider

10.10.2016

Installation eines "öffentlichen Bücherstalles"



0 Stimmen

Ina M.

17.05.2016

Orientierung im Fennpfuhlpark

0 Stimmen

Bürgerentschlagn...

19.03.2014

< erste Seite | < vorherige Seite | 1 | 2 | 3 | 4 | nächste Seite | letzte Seite >



Anhang 3: Stadtteilbudget Eglosheim

Stadtteilbudget Eglosheim 2015

Endabrechnung

Eingang	Projektname	Antragsteller/in	Zuschuss für...	Beantragter Zuschuss	Abgerechnet
10.04.	MaMö - Leihgebühr	Stadtteilbüro Eglosheim - Jeanette Wern	Leihgebühr Biertischgarnituren	800,00 €	800,00 €
20.05.	Ferienprogramm	AG Kinder und Jugend - Hannah Junginger	Druckkosten für die Broschüre	650,00 €	453,39 € <i>(minus 196,61€)</i>
20.07.	Offene Ohren - Gesprächsangebot	Ev. Kirchengemeinde - Uli Bauer	Druckkosten für Flyer	180,00 €	174,93 €
29.06.	Straßenverkehrsschilder	BVE - Jürgen Schreiner	Straßenverkehrsschilder	800,00 €	800,00 €
30.07.	Sportschau im Jubiläumsjahr	SKV - Trautel Uhl/Beate Mitschele	Miete Veranstaltungsort, Material für Deko, Basteln, Bilder	415,00 €	415,00 €
31.07.	i-Punkt Ehrenamt	Stadtteilbüro Eglosheim - Jeanette Wern	Bücherregal, Whiteboard, Fachliteratur	400,00 €	280,95 €
30.09.	Wer macht was?	AG Senioren - Brigitte Rayer-Pohland	Druckkosten für Flyer	120,00 €	115,45 €
24.08.	Kinderspielplatz	TSV - Klaus-Peter Schemmel	Spielturm und Klettergerüst	800,00 €	800,00 €
13.10.	Erneuerung Beschilderung Naturlehrpfad Riedgraben	OGV - Gerhard Lämmermeier	Druckkosten, Befestigungsmaterial	800,00 €	800,00 €
19.10.	Geschirr für Mittagstisch/ Bürgertreff	Mittagstisch/Kath. Kirche - Martina Molinski, Martin Wunram	Teller, Suppentassen, Löffel, Gläser, Schalen	646,16 €	645,95 €
19.10.	Kaffeeautomat Mittagstisch/ Bürgertreff	Mittagstisch/Kath. Kirche - Martina Molinski, Martin Wunram	Kaffeeautomat	800,00 €	800,00 €
Gesamtvolumen: 6.300,00 €			Rest: - 214,33 €	6.411,16 €	6085,67 €